



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

📄: Politische Briefe. IX. : Der Reichstag vom 2. bis zum 9. Mai.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

führen wolle, das entscheide die Einsicht, die bis jetzt die Geschichte dieses Landes in ihre Bahn gebracht hat, Reichsregierung und Reichstag im Einvernehmen. Nur möge man dafür sorgen, daß eine entschiedene und definitive Antwort gegeben werde auf die fragende Bitte um eine Regierung im Lande. Auch da gilt es, was von dem deutschen Volke auf dem wirthschaftlichen Gebiete gilt: die Elsäßer wollen „Gewißheit über ihre Zukunft, und alles andere ist besser als das Hinziehen der Ungewißheit, in der Niemand weiß, wie die Zukunft sich gestalten wird“.

Politische Briefe.

IX.

Der Reichstag vom 2. bis zum 9. Mai.

Es ist vielleicht der richtige Eindruck, wenn man die erste Lesung der Zollreformvorlage, mit welcher der Reichstag in sechs langen Sitzungstagen sich beschäftigt hat, als die größte Debatte in der parlamentarischen Geschichte Deutschland's nach Ausdehnung, Gehalt und praktischer Bedeutung schätzt. Unser erstes wirkliches Parlament war der Vereinigte Landtag von 1847, dessen Verhandlungen mit Recht noch heute unvergessen sind. Es war die erste Verlautbarung unserer politischen Sehnsucht in den geregelten Formen parlamentarischer Diskussion, auf einem verfassungsmäßigen Boden, gerichtet auf ein mäßiges, durch feierliche Versprechungen gewiesenes Ziel. Die Diskussion bewegte sich mit einem Anstand und in einem patriotischen Ton ohne Gleichen. So bleibt diese Verhandlung das Ehrenkenndmal, welches der Parlamentarismus bei seinem Eingang in unser Staatsleben sich errichtet, in einiger Beziehung das Gegenstück zur ersten französischen Nationalversammlung. Aber eben, daß dieser begeisterten, drei Viertel der Versammlung beseelenden Offensive nur eine verlorene, sich von Anfang, wenigstens geistig, verloren gebende Defensive gegenüberstand, daß das Ziel der Offensive andererseits, abgesehen von dem formell sogar eng begrenzten Rechtsinhalt, nach seiner politischen Bedeutung ein so allgemeines und unbestimmtes war — das waren die natürlichen Mängel jener mit Recht gefeierten Verhandlungen.

Auch die deutsche Nationalversammlung in der Paulskirche hat unvergeßliche Verdienste und große dramatische Momente gehabt. Aber alle Ziele, nach denen die rednerischen Geschosse sich richteten — damals kam das Wort Trag-

weite für politische Gedanken und Beschlüsse zuerst auf — waren lustig, um nicht zu sagen chimärisch. Es waren nur Spiegelbilder von den Wünschen der Schützen. Wen die Versammlung zum König des Schießens erklärte, der konnte das Ziel sich doch nicht aneignen, dessen Verwirklichung von ganz anderen Kräften und Mächten außerhalb der Versammlung abhing. Dieser Umstand, daß die Versammlung schließlich nur einen moralischen Einfluß üben konnte, dagegen einer organisierten Macht weder zu gebieten, noch dieselbe mittelbar in Bewegung zu setzen vermochte, raubte allen Berathungen die sichere Berechnung der ernstlichen Folgen, damit aber auch die Sicherheit der eigenen Schritte. Im Grunde stritt man nur über politische Wahrheiten, nicht über politische Maßregeln. Daher so viele Unvereinbarkeiten in dem Werke, das man schließlich zusammenfügte, und das zur praktischen Anwendung erst den Meister bedurft hätte, der es umgestaltete.

Der preußische Landtag, vor dem Scheitern der Paulskirche gleichzeitig mit derselben tagend, zeigte noch einige denkwürdige Momente des Aufklackers einer idealen, aber zum hoffnungslosen Niedergang verurtheilten Bewegung. Dann verloren seine Berathungen bis zum Jahre 1858, ganz vereinzelt glückliche Momente weniger Redner abgerechnet, alle Bedeutung.

Die scheinbar liberale Aera von 1858 brachte keine Besserung. Die liberale Majorität verfiel gegenüber einem politisch gleichartigen, aber unfähigen Ministerium in die seltsame Verlegenheit, nicht zu wissen, was sie beginnen sollte, und sich deshab mit dem Ministerium um Nichtigkeiten zu schlagen, bis die Forderung der Militär-Reorganisation kam, aus welcher sich der Verfassungskonflikt entspann. Leidenschaft und Talent wurden auch hier zuweilen in ungewöhnlichem Maße aufgeboten, aber die Konfliktsepoche ist, auch rein parlamentarisch betrachtet, eine traurige. Das Parlament konnte nicht nur aus Mangel an Macht keine tatsächlichen Lorbeeren pflücken: indem es, lediglich auf einem formellen Schein bestehend, den größten politischen Fehler verlangte, eine große politische Aktion ohne wirksames Heer, schlug es moralisch sich selbst; während auch auf der anderen Seite das geistige Uebergewicht der Regierung parlamentarisch nicht zur Geltung kam, wo man nicht von politischen Zwecken, sondern nur von technischen Verbesserungen redete und reden durfte.

Das Parlament des norddeutschen Bundes durchschritt eine Epoche, wo es sich in einem Theil der Fragen dem leitenden Staatsmanne fast widerstandslos fügte und von demselben dafür freie Bahn auf dem Felde der konkreten Gesetzgebung erhielt, die nach längst festgestellten Doktrinen ebenso ausgiebig als unvorsichtig benutzt wurde.

Das Reichsparlament, kaum in's Leben gerufen, sah alsbald den Kulturkampf. Auch hier gab es leidenschaftliche Gegensätze und rhetorische Kunst.

Zur wahren Größe konnten sich gleichwohl diese Debatten nicht erheben, denn auch sie standen unter dem eigenthümlichen deutschen Schicksal, daß der eigentliche Inhalt der Frage nicht zum Ausdruck gelangen konnte. Weder durften die klerikalen Redner mit dem Welt Herrschaftsgedanken der Kirche hervortreten, noch die Vertheidiger des Staats mit dem Inhalt der Reformation. Auf klerikaler Seite berief man sich auf das subjektive Gewissen, eine Instanz, die der Katholizismus nicht kennt — auf staatlicher Seite berief man sich auf Gesichtspunkte der Vereinsspolizei, der bürgerlichen Eintracht und andere nothwendige, aber untergeordnete Dinge dieser Art. Die sittlichen Lebensbedingungen des deutschen Reiches, um welche es bei dem Kulturkampf sich im letzten Grunde handelte, traten nicht in das Bewußtsein, jedenfalls nicht in das ausgesprochene Bewußtsein der Kämpfenden und konnten es nicht.

Allem Anschein nach werden die Wogen des Kulturkampfes, der für beide Theile sein Ziel verloren, zum Ablaufen gebracht werden, wenn wir auch noch nicht genau wissen, durch welchen Kanal. Aber der Schöpfer des deutschen Reiches, nachdem er mit einer Kunst, von der kaum ein geringer Theil durch einzelne Zeitgenossen geahnt wird, seiner Schöpfung auf eine gewisse Periode Sicherheit vor äußeren Störungen verschafft, sieht nunmehr die höchste Zeit gekommen, der deutschen Staatsbildung die inneren physischen Lebensbedingungen zu sichern. Er legte die Hand an diese Arbeit schon 1869, aber vergebens bei dem kurzfristigen Widerstande der öffentlichen Meinung, welchen der Reichstag noch steigerte. Alsdann haben der französische Krieg und die Milliarden, die Gründung des Reiches und der Kulturkampf, die orientalische Krise und die Aufgabe des ehrlichen Maklers die Finanzreform verzögert. Mit einem gewaltigen Anstoß, wie nur er ihn zu geben vermag, hat Fürst Bismarck jetzt die Reform der deutschen Staatswirthschaft und Volkswirthschaft in Schwung gebracht. Um seine Pläne drehte sich die Verhandlung vom 2. bis 9. Mai. Hier durfte sich das Ziel zum ersten Male in seiner eigentlichen Gestalt enthüllen. Hier mußten auch die Gegner die Triebfeder zeigen, welche sie leitet; hier wohnt der Entscheidung eine unmittelbare, ja eine akute praktische Bedeutung bei. Hier handelt es sich um materielle Fragen, um den physischen Lebensunterhalt, aber damit zugleich um die Grundsteine der politischen und sozialen Existenz bis zu entfernten Zeiten, um die Bahnen für den Unternehmungsgeist der Nationen, um die unentbehrlichen Hilfsmittel, um den Boden auch des moralischen Lebens. Einen Gegenstand von solcher Faßlichkeit und solcher Größe, von so unmittelbar gegenwärtiger und zugleich weittragender Bedeutung hat noch nie ein deutsches Parlament verhandelt. Es verdankt denselben in doppelter Weise dem Fürsten Bismarck: nämlich es verdankt ihm die Möglichkeit, daß die Nation als Einheit ihrer

materiellen Lebensbedingungen und der Verantwortlichkeit für die Behandlung derselben sich bemüht wird; es verdankt ihm den aus der eindringendsten Diagnose geschöpften großartigen Vorschlag, die Heilung derselben zu unternehmen.

An dieser einleitenden Betrachtung möge es für heute genug sein. Aus den reichen sechs Tagen den Gehalt erschöpfend und durchsichtig und kurz herauszuziehen, ist ein Versuch, der am zweiten Tage nach dem Schluß einer so mannichfaltigen Debatte nicht gelingen könnte. Der Stoff wird diesmal weder veralten noch bis zum nächsten Briefe durch bedeutendere Ereignisse überholt sein. Wir versparen uns den Versuch für den nächsten Brief.



Literatur.

Rechts- und Staatsphilosophie von Dr. Wilhelm Fischer. Leipzig, Verlag für moderne Sprachen und Literatur. 1879.

Der Verfasser meint es mit seinen Betrachtungen, die zuletzt zu Prophezeiungen werden, augenscheinlich gut, aber der Staat, den er sich ausspintisirt hat, die Organisation der Menschheit, von der er träumt, haben nie bestanden und werden nie entstehen, wenigstens nicht, so lange Menschen Menschen sind. Es ist eine Menschheit ohne Fürsten und ohne Gott. „Wenn alle Staaten Republiken geworden sind (S. 174), ist auch an deren Stelle schon die Menschheit getreten. Dann wird kein Krieg mehr sein, sondern ewiger Friede. Die Menschen werden den letzten Rest feudaler und kirchlicher Gesinnung verloren haben, sie werden froh sein, nicht Aristokraten oder Unterthanen, nicht Juden oder Mohammedaner, sondern freie Menschen zu sein im vollsten und edelsten Sinne. Es wird keine Knechtschaft mehr sein, sondern Freiheit; den Glauben wird das Wissen, den Wahn die Wahrheit bestegen; statt der Religionen wird die Liebe herrschen, der Gott der Menschheit, und weil die Liebe der Mensch selbst ist, so ist der Mensch sein eigener Gott“ u. s. w. Der Buddhismus, „die höchste Religion“, „der das Mitleid, die schönere und innigere Seite der Liebe, als Inhalt und Richtschnur alles gläubigen Handelns hinstellt“, wird die Welt umgestalten, zunächst seine Anhänger (dann, dürfen wir hinzufügen, auch alle Uebrigen) „ohne gewaltsames Umstürzen des Bestehenden auf unmerklichen Pfaden leise zur reinen Menschlichkeit hinüberführen und zu Buddha's machen“. Offenbar hat der Verfasser seine Studien auf einer Universität in Utopien gemacht, und wir sind froh, daß sein goldenes Zeitalter in den nächsten zehntausend Jahren noch keine Aussicht auf Verwirklichung hat.

Für die Redaktion verantwortlich: Johannes Grunow in Leipzig.
Verlag von F. V. Herbig in Leipzig. — Druck von Hühnel & Herrmann in Leipzig.